

Antworten Wahl-O-Mat Bürgerschaftswahl 2023

1. In der bremischen Landesregierung soll es eine Senatorin oder einen Senator für Digitalisierung geben

Zustimmung

Die digitale Transformation ist für die öffentliche Verwaltung ein zentrales Zukunftsthema, das auch im Land Bremen in den politischen Fokus gerückt werden muss. Wir befürworten daher ein eigenes Senatsressort Digitalisierung, das die Implementation der neuen Technologien in den Behörden bereichsübergreifend koordiniert. Die Qualität des öffentlichen Leistungsangebotes muss verbessert und die Bearbeitungszeiten durch mehr elektronische Kommunikation mit Bürgern und Unternehmen verkürzt werden.

2. Alle Unternehmen sollen sich an den Kosten der allgemeinen Berufsausbildung (Bremer Ausbildungsfonds) beteiligen müssen.

Ablehnung

Der vom Senat geplante Ausbildungsunterstützungsfonds, in den von wenigen Ausnahmen abgesehen alle Betriebe einzahlen sollen, würde vor allem kleinere Unternehmen belasten, die im Land schon jetzt unterrepräsentiert sind. Außerdem stiege der Bürokratieaufwand. Dass einige Bewerber trotz Fachkräftemangel keinen Ausbildungsplatz finden, liegt an der mangelnden Ausbildungsfähigkeit vieler Jugendlicher als Folge des maroden Bildungssystems in Bremen, das die SPD-geführte Politik zu verantworten hat.

3. Die Ausbildung von Frauen in technischen Berufen soll vom Land stärker finanziell gefördert werden.

Ablehnung

Die Förderung der Ausbildung von Frauen in Technikberufen mit Steuergeldern ist unnötig, da die Unternehmen wegen der demographischen Entwicklung und des wachsenden Fachkräftemangels verstärkt weibliche Schulabgänger ansprechen werden, um die schon heute sichtbaren Personallücken in diesem Bereich zu schließen. Stattdessen muss mehr technisch-naturwissenschaftliche Kompetenz an Schulen vermittelt und das Bildungssystem reformiert werden, um die Ausbildungsfähigkeit junger Frauen zu verbessern.

4. Das Land Bremen soll Fachkräfte aus dem Ausland anwerben.

Neutral

Die Rekrutierung qualifizierter Erwerbspersonen im Ausland ist ein Instrument, um dem bereits heute in einigen Bereichen wie der Pflege feststellbaren Fachkräftemangel entgegenzuwirken. Im Vordergrund muss aber das Bemühen stehen, die im Land vorhandenen Personalressourcen durch eine attraktivere Gestaltung der Lohn- und Arbeitsbedingungen, den Ausbau von Betreuungsangeboten für Kinder und eine verbesserte schulische Ausbildung des beruflichen Nachwuchses möglichst umfassend zu mobilisieren.

5. Das Land Bremen soll mehr Plätze für Jugendfreiwilligendienste schaffen

Zustimmung

Die Erweiterung der Möglichkeiten für junge Menschen, im Land Bremen einen sozialen oder ökologischen Freiwilligendienst in gemeinwohlorientierten Einrichtungen zu leisten, ist zu befürworten. Freiwilligendienste eröffnen Jugendlichen neue auch berufliche Horizonte und stärken zugleich den gesellschaftlichen Zusammenhalt. Darüber tragen die Teilnehmer durch ihre Tätigkeit dazu bei, Fachkräfte zu entlasten und den Personalmangel in bestimmten Bereichen wie der Alten- und Krankenpflege zu dämpfen.

6. Beim Kauf von Wohneigentum für die eigene Nutzung soll die Grunderwerbsteuer gesenkt werden.

Ablehnung

Mit einem Steuersatz von 5,0 Prozent liegt die Grunderwerbssteuer in Bremen unter dem Durchschnitt aller deutschen Bundesländer, der aktuell knapp 5,20 Prozent beträgt. Unter den Stadtstaaten weist Bremen die niedrigste Belastung aus. Die notwendige Konsolidierung der öffentlichen Finanzen kann in Bremen nicht allein durch Ausgabenkürzungen erreicht werden. Dem Staat müssen auch Einnahmen in ausreichender Höhe zur Verfügung stehen, damit er seine gesetzlich vorgegebenen Aufgaben erfüllen kann.

7. Bremen soll sich dafür einsetzen, dass die Wochenarbeitszeit bei vollem Lohnausgleich auf 30 Stunden verkürzt wird

Ablehnung

Eine Verkürzung der Wochenarbeitszeit bei vollem Lohnausgleich würde die Kosten sowohl für die private Wirtschaft als auch den öffentlichen Sektor und damit den Steuerzahler erhöhen sowie den Personalmangel verschärfen. In Bereichen wie dem Kundenservice oder der Betreuung von Menschen wäre dieses Arbeitszeitmodell ohne Qualitätseinbußen kaum umsetzbar. Im Gegenteil erfordert der demographisch bedingte Rückgang der Erwerbsbevölkerung auf mittlere Sicht eine Ausweitung auch der Wochenarbeitszeit.

8. Das Land Bremen soll die Begrenzung der Neuverschuldung (“Schuldenbremse”) weiterhin einhalten.

Zustimmung

Mit knapp 33.000 Euro weist Bremen die mit Abstand höchste Pro-Kopf-Verschuldung aller Bundesländer auf. Die Gesamtschulden der Hansestadt belaufen sich auf über 22 Mrd. Euro. Zur Sanierung der öffentlichen Finanzen kann es keine Alternative geben, weshalb die verfassungsrechtlich verbindliche Schuldenbremse unbedingt einzuhalten ist. Ausgabenexzesse und Schuldenmacherei zu Lasten künftiger Generationen, die Bremens Finanzpolitik über Jahrzehnte geprägt haben, müssen der Vergangenheit angehören!

9. Alle Geschäfte in Bremen und Bremerhaven sollen sonntags öffnen dürfen.

Ablehnung

Die Öffnung von Geschäften an Sonn- und Feiertagen über die geltenden Regelungen des bremischen Ladenschlussgesetzes hinaus wird von uns abgelehnt. Der Sonntag muss grundsätzlich als arbeitsfreier Tag erhalten bleiben. Das ist sowohl im Interesse der Beschäftigten und ihrer Familien als auch der Anwohner vor allem in den Innenstädten. Im Übrigen fehlt es im Einzelhandel schon heute an Fachkräften, weshalb Ladenöffnungen an Sonntagen für die meisten Geschäfte personell nicht zu leisten sind.

10. Das Land Bremen soll bei rein schulischen Berufsausbildungen eine Ausbildungsvergütung zahlen.

Zustimmung

Wegen des wachsenden Fachkräftemangels müssen Ausbildungsberufe gestärkt werden, um Schulabgänger für diese Tätigkeiten im Wettbewerb mit Studienangeboten der Hochschulen zu gewinnen. Das gilt auch für schulische Ausbildungen, deren Teilnehmer im Gegensatz zu Azubis in der dualen Berufsbildung regelmäßig keine Vergütung erhalten. Um den Personalnachwuchs im öffentlichen Dienst des Landes Bremen und seiner Kommunen zu sichern, befürworten wir ein Entgelt auch in der schulischen Berufsausbildung.

11. Die bremische Tourismusabgabe ("Citytax") soll abgeschafft werden.

Zustimmung

Die Tourismusabgabe auf privat veranlasste Hotelübernachtungen („Citytax“) belastet die Beherbergungsbetriebe als Steuerschuldner jedenfalls mit Bürokratie. Die Citytax verteuert den Aufenthalt auswärtiger Besucher, wenn Hoteliers die Abgabe auf ihre Gäste umlegen. Das schwächt den Tourismusstandort Bremen im Wettbewerb mit anderen Destinationen. Das Aufkommen der Citytax wird nicht zweckgebunden für den Ausbau der touristischen Infrastruktur genutzt, sondern fließt in den allgemeinen Haushalt.

12. Die Gewerbesteuer soll gesenkt werden.

Zustimmung

Mit einer Hebesatz von 460 Prozent ist die Gewerbesteuer in Bremen und Bremerhaven im Vergleich der Bundesländer die zweithöchste in Deutschland. Sie liegt damit deutlich über dem Bundesdurchschnitt von 403 Prozent. Hohe Gewerbesteuern reduzieren die Investitionsmöglichkeiten gerade von mittelständischen Unternehmen, weshalb weniger neue Arbeitsplätze geschaffen werden. Außerdem sinkt der finanzielle Spielraum der Betriebe für Lohnerhöhungen, was besonders Bezieher niedriger Einkommen trifft.

13. Für Führungspositionen von landeseigenen Betrieben soll es eine verbindliche Frauenquote von mindestens 50 Prozent geben.

Ablehnung

Die berufliche Entwicklung eines Menschen und seine Stellung in der Unternehmenshierarchie sind allein von seiner Leistung und Befähigung, nicht vom Geschlecht abhängig zu machen. Eine Frauenquote lehnen wir grundsätzlich ab, auch in öffentlichen Unternehmen. Die zum Teil hochdefizitären Bremer Eigenbetriebe können es sich nicht leisten, Führungspositionen mit Mitarbeiterinnen zu besetzen, die das vermeintlich richtige Geschlecht haben, aber fachlich ungeeignet oder weniger produktiv sind.

14. Im öffentlichen Dienst des Landes sollen mehr Menschen mit Migrationshintergrund arbeiten.

Neutral

Auch im Staatsdienst dürfen allein Qualifikation und persönliche Eignung über die Personalauswahl entscheiden, nicht die Zugehörigkeit eines Bewerbers zu einer ethnischen Gruppe oder andere sachfremde Kriterien. Der Beamtenstatus ist zur Vermeidung von Loyalitätskonflikten aber allein deutschen Staatsbürgern vorzubehalten. Zu diesem Personenkreis rechnen Deutsche ausländischer Herkunft, deren Beschäftigung im öffentlichen Dienst des Landes Bremen deshalb keinen Beschränkungen unterworfen ist.

15. Die Verwaltung des Landes Bremen soll mehr frei zugängliche Software verwenden.

Zustimmung

Open Source Software (OSS) steht kostenlos zur Verfügung, was Steuergelder im Einkauf und bei den Lizenzkosten spart. OSS, die frei zugänglich ist und flexibel angepasst werden kann, bietet zudem technische Vorteile, die es der öffentlichen Verwaltung ermöglichen, Rückstände im Prozess der Digitalisierung aufzuholen und die Entwicklung des E-Government im Interesse von Bürgern und Wirtschaft voranzutreiben. Außerdem macht sich der Staat unabhängig von kommerziellen Softwarekonzernen im Ausland.

16. Über die Häfen des Landes Bremen sollen weiterhin Rüstungsgüter ausgeführt werden dürfen

Zustimmung

Ein Verbot, Rüstungsgüter über die Häfen des Landes Bremen auszuführen, würde gegen Bundesrecht verstoßen. Über Rüstungsexporte entscheidet allein die Bundesregierung. Ein Bremer Ausführungsverbot brächte zudem wenig, weil die exportierenden Unternehmen auf andere Hafenstandorte in Deutschland oder der EU ausweichen würden, um ihre Güter auf dem Seeweg in die Abnehmerländer zu bringen. Die militärische Unterstützung der Ukraine zeigt zudem, dass Rüstungsexporte nicht per se negativ zu bewerten sind.

17. Das letzte Kita-Jahr vor der Einschulung soll für alle Kinder verpflichtend sein.

Ablehnung

Eine allgemeine Kita-Pflicht ist abzulehnen. Stattdessen soll jedes Kind in Bremen und Bremerhaven mit Vollendung des dritten Lebensjahres einem altersgerechten Test unterzogen werden. Kinder, die bei diesem Test Sprachdefizite oder unzureichende kognitive Fähigkeiten aufweisen, haben bis zur Einschulung einen pädagogischen Kindergarten zu besuchen. Unser Ziel ist, dass alle Kinder beim Eintritt in das Schulsystem möglichst gleiche Voraussetzungen mitbringen, also dieselben Startchancen haben.

18. Schülerinnen und Schüler sollen schon ab der 3. Klasse durch Schulnoten beurteilt werden.

Zustimmung

Die Benotung in der Grundschule soll spätestens ab der dritten Klasse erfolgen. Schulnoten erlauben nicht nur einen objektiveren Leistungsvergleich, sondern sind auch leichter verständlich als oftmals verklausulierte schriftliche Beurteilungen. Sie bieten so Schülern und Eltern eine wichtige Orientierungshilfe, wenn es gilt, individuelle Fähigkeiten und vorhandene Defizite einzuschätzen. Neben der fächerbezogenen Benotung befürworten wir Kopfnoten für Mitarbeit, Betragen und soziales Verhalten.

19. An den Hochschulen des Landes Bremen soll für militärische Zwecke geforscht werden dürfen.

Neutral

Ein vollständiges Verbot der militärischen Forschung an Bremer Hochschulen wäre mit der verfassungsrechtlich garantierten Wissenschaftsfreiheit nicht vereinbar. Der Gesetzgeber muss aber die Annahme solcher Aufträge verbieten, die der Entwicklung oder Weiterentwicklung von Massenvernichtungswaffen dienen. Sämtliche Rüstungsprojekte, für die an Hochschulen des Landes geforscht wird, sollen in einer öffentlich zugänglichen Datenbank erfasst werden, um ein Höchstmaß an Transparenz herzustellen.

20. Schülerinnen und Schüler sollen ein Schuljahr wiederholen müssen (“Sitzenbleiben”), wenn sie die geforderten Leistungen nicht erbringen.

Zustimmung

Die Versetzung leistungsschwacher Schüler in die nächsthöhere Klassenstufe überfordert die Betroffenen, was sich negativ auf ihre Bildungsentwicklung und das Selbstwertgefühl auswirkt. Die Klassenwiederholung bietet dem Einzelnen die Chance zur Konsolidierung, um Wissenslücken zu schließen und die eigene Schullaufbahn in neuer Lernumgebung zu stabilisieren. Der Verzicht auf dieses Instrument untergräbt Motivation und Leistungsbereitschaft aller Schüler, was die Bildungsqualität insgesamt senkt.

21. Alle Förderzentren („Förderschulen“) für Schülerinnen und Schüler mit Behinderung sollen erhalten bleiben.

Zustimmung

Schüler mit körperlichen oder geistigen Behinderungen sollen vorzugsweise an Förderschulen unterrichtet werden, damit sie ihre Potentiale gestützt auf die in diesen Einrichtungen gebündelt vorhandenen personellen und materiellen Ressourcen voll zur Entfaltung bringen können. Förderschulen bieten diesen Kindern und Jugendlichen deshalb ein besseres und für ihre Entwicklung vorteilhafteres Lernumfeld als Regelschulen. Wir wollen daher die Förderzentren im Land Bremen erhalten und ausbauen.

22. Eltern sollen sich weiterhin an den Kita-Kosten für die Betreuung ihrer Kinder unter 3 Jahren beteiligen.

Neutral

Die Pflicht der Erziehungsberechtigten, sich an den Kosten für die Kita-Betreuung ihrer Kinder im Alter unter drei Jahren zu beteiligen, ist von der Höhe des Haushaltseinkommens sowie dem konkreten Betreuungsbedarf abhängig zu machen, insbesondere wenn die Eltern einer Berufstätigkeit nachgehen. Von dieser Regelung auszunehmen sind Kinder, für die der Kita-Besuch aufgrund von Entwicklungsrückständen aus pädagogischer Sicht erforderlich ist, etwa bei mangelnden Kenntnissen der deutschen Sprache.

23. In allen Schulen des Landes Bremen soll sexuelle und geschlechtliche Vielfalt im Unterricht thematisiert werden.

Ablehnung

Die Verantwortung für die Sexualaufklärung von Kindern unter 14 Jahren muss bei den Eltern abgeleitet aus ihrem Grundrecht auf Erziehung liegen. Eine Frühsexualisierung in Kitas und Schulen lehnen wir ebenso ab wie die Ideologie des Gender-Mainstreaming. Im Unterricht ist herauszustellen, dass die Familie basierend auf der Verbindung von Mann und Frau wegen ihrer Reproduktionsfunktion und damit der Sicherung der Generationenfolge prioritäre Form der Partnerschaft in unserer Gesellschaft ist.

24. Die Bundeswehr soll weiterhin Informationsveranstaltungen an Schulen durchführen dürfen.

Zustimmung

Die Bundeswehr ist die Armee eines demokratisch legitimierten Parlamentes, über deren Aufgaben die Schulen im Rahmen ihres Bildungsauftrags informieren sollen, unter Einbeziehung von Experten, die über Fachwissen aus erster Hand verfügen. Der Einsatz von Jugendoffizieren der Bundeswehr als Referenten für Sicherheitspolitik an weiterführenden Schulen wird daher von uns befürwortet. Die gezielte Rekrutierung von Streitkräftenachwuchs in Bremischen Bildungseinrichtungen lehnen wir dagegen klar ab.

25. Geschlechterforschung soll an den Hochschulen des Landes Bremen stärker gefördert werden

Ablehnung

Die Geschlechterforschung (Gender Studies) und besonders der strategische Ansatz des Gender Mainstreaming ist kein wissenschaftliches, sondern ein politisch-ideologisches Konzept basierend auf der Fiktion, dass das Geschlecht eines Menschen nicht biologisch determiniert, sondern gesellschaftlich konstruiert sei. Dieses Konzept, das auf die Zerstörung der bürgerlichen Familie zielt, wird von der maßgeblichen Evolutionsbiologie als unwissenschaftlich verworfen und ist daher nicht förderungswürdig.

26. Das Land Bremen soll sich dafür einsetzen, dass die Anerkennung ausländischer Berufsabschlüsse vereinfacht wird.

Neutral

Grundsätzlich muss das Anerkennungsverfahren für ausländische Berufsabschlüsse und Zeugnisse durch den Abbau bürokratischer Hürden vereinfacht und beschleunigt werden, um qualifizierte Zuwanderer schneller in den deutschen Arbeitsmarkt zu integrieren. Es ist aber zu gewährleisten, dass die erworbenen formalen Qualifikationen gleichwertig mit den in Deutschland geltenden Standards für den jeweiligen Beruf sind, um echte Transparenz für die Arbeitgeber zu schaffen und die Verbraucher zu schützen.

27. Das Land Bremen soll sich dafür einsetzen, dass die Änderung des Geschlechtseintrags beim Standesamt vereinfacht wird.

Ablehnung

Das vom Bundesjustizministerium vorbereitete „Selbstbestimmungsgesetz“ sieht bereits die Möglichkeit vor, seinen Geschlechtseintrag beim Standesamt durch einfache Erklärung zu ändern. Einer Initiative Bremens bedarf es nicht mehr. Wir lehnen dieses Gesetz ab, weil der Verzicht auf Selbstauskünfte des Antragstellers und medizinische Kontrolle ein erhebliches Missbrauchspotential eröffnet, dass vor allem für Frauen und Kindern die Gefahr erhöht, Opfer von männlichen Sexualstraftätern zu werden.

28. Im Land Bremen sollen mehr Grundschulen verpflichtende Ganztagschulen werden.

Ablehnung

Ausgehend von dem verfassungsrechtlichen Grundsatz, dass zuvörderst die Eltern berechtigt und verpflichtet sind, ihre Kinder zu erziehen, lehnen wir eine generelle gesetzliche Verpflichtung zum ganztägigen Besuch von Grundschulen als unverhältnismäßig ab. Ganztagschulen sollen aber für solche Schüler obligatorisch sein, die deutliche Lernrückstände aufweisen und deshalb über den normalen Unterricht hinaus pädagogische Hilfe und Förderung benötigen, damit sie das Klassenziel erreichen.

29. Alleinerziehende sollen bei der Vergabe von Sozialwohnungen bevorzugt werden müssen.

Ablehnung

Hauptkriterium für den Anspruch auf eine sozial geförderte Wohnung ist die Bedürftigkeit gemessen am Haushaltseinkommen des Antragstellers. Diese Regelung ist sachgerecht und folgt dem Sozialstaatsprinzip. Die meisten Alleinerziehenden sind nicht bedürftig, verfügen also über ausreichende finanzielle Mittel, um selbst für ihren Lebensunterhalt zu sorgen und eine Wohnung auf dem freien Markt anzumieten. Eine pauschale Bevorzugung dieser Gruppe bei der Sozialwohnungsvergabe ist daher abzulehnen.

30. An allen Gymnasien soll das Abitur wieder nach neun Jahren (G9) abgelegt werden.

Ablehnung

G8 und G9 sollen im Land Bremen parallel angeboten werden, damit jeder Schüler in Abhängigkeit von seiner individuellen Motivation und Leistungsfähigkeit selbst entscheiden kann, ob er das Abitur nach 12 oder 13 Schuljahren ablegen will. Eine einheitliche gesetzliche Vorgabe der Gymnasialdauer lehnen wir ab. Um eine Überlastung der Schüler im G8-Modell und die damit verbundenen negativen Folgen zu vermeiden, sind die Lehrpläne zu straffen und auf die wesentlichen Bildungsinhalte zu fokussieren.

31. Das Mittagessen an Ganztagschulen soll für alle Schülerinnen und Schüler kostenlos sein.

Ablehnung

Es muss der Grundsatz gelten, dass soziale Fürsorgeleistungen und Subventionen auf bedürftige Menschen zu beschränken sind, um die öffentliche Hand und damit den Steuerzahler nicht zu überfordern. Ein kostenloses Mittagessen für alle Schülerinnen und Schüler würde erhebliche Kosten für die Kommunen verursachen, die angesichts der angespannten Haushaltslage nicht finanzierbar sind. Das Mittagessen an Ganztagschulen sollte deshalb nur für Kinder aus einkommensschwachen Familien kostenlos sein.

32. Das Land Bremen soll Schulen in freier Trägerschaft („Privatschulen“) stärker finanziell unterstützen.

Zustimmung

Schulen in freier Trägerschaft genießen Verfassungsrang und sind von der öffentlichen Hand in angemessenem Umfang finanziell auszustatten. Im Land Bremen ist der staatliche Zuschuss, den Privatschulen für jeden ihrer Schüler erhalten, der niedrigste in Deutschland. Nach Angaben des Bremer Zentralelternbeirats bekommen freie Schulen nur 40-50 Prozent ihrer Kosten ersetzt. Wir fordern deshalb, dass die Bezuschussung der 16 Privatschulen im Land zeitnah auf den Bundesdurchschnitt angehoben wird.

33. Das Landesamt für Verfassungsschutz Bremen soll aufgelöst werden.

Ablehnung

Das Landesamt für Verfassungsschutz leistet einen wichtigen Beitrag, um die freiheitlich-demokratische Grundordnung gegen Feinde im Innern zu verteidigen. Die Behörde soll daher erhalten bleiben. Das LfV muss aber politisch unabhängig sein, nicht nur formell, sondern auch de facto. Wir wollen deshalb den Verfassungsschutz aus dem Verantwortungsbereich des parteigebundenen Innenministers herauslösen und der Aufsicht eines neutralen, direkt vom Volk gewählten Bremer Landespräsidenten unterstellen.

34: Die Polizei soll verdachtsunabhängige Personenkontrollen durchführen dürfen.

Zustimmung

Verdachts- und anlassunabhängige Kontrollen (Schleierfahndung) jedenfalls an festgelegten Orten sind ein unverzichtbares Instrument der Polizeiarbeit, um verbotene Prostitution, Drogenhandel, illegale Migration und andere Straftaten wirksam zu bekämpfen. Sie leisten so einen wichtigen Beitrag zur Verbrechensprävention und entschärfen Kriminalitätsschwerpunkte. Wir wollen das Recht der Ortspolizeibehörden, besondere Kontrollorte festzulegen, durch eine Änderung des Polizeigesetzes erweitern.

35. Frauen und Männer sollen in allen Gremien der Bremischen Bürgerschaft zu gleichen Teilen vertreten sein.

Ablehnung

Eine gesetzliche Vorgabe, Geschlechterparität in allen Gremien der Bremischen Bürgerschaft herzustellen, würde unzulässig in das freie Mandat der Abgeordneten (Art. 83 Abs. 1 BremLV) eingreifen und gegen das Verbot der Diskriminierung wegen des Geschlechts (Art. 2 Abs. 4 BremLV) verstoßen. Verfassungsrechtlich verfehlt ist auch die implizite Annahme, dass Fraueninteressen nur durch Frauen wahrgenommen werden können. Vielmehr sind die Mitglieder der Bürgerschaft Vertreter der ganzen Bevölkerung.

36. Im Umfeld des Bremer Hauptbahnhofs soll ein generelles Alkoholverbot gelten.

Zustimmung

Der Bremer Hauptbahnhof und sein Umfeld sind ein Kriminalitätsbrennpunkt, die Zahl der polizeilich erfassten Straftaten ist dort 2022 gestiegen. Dazu trägt auch der Konsum von Alkohol bei, der Gewaltbereitschaft und Aggressionsneigung erhöht. Etwa 30 Prozent der Gewalttaten in Deutschland werden unter Alkoholeinfluss begangen. Wir befürworten ein Verbot des Verzehrs jedenfalls von Spiritosen rund um den Hauptbahnhof. Außerdem soll dort der öffentliche Konsum illegaler Drogen untersagt werden.

37. Das Land Bremen soll weitere geflüchtete Menschen aufnehmen.

Zustimmung

Grundsätzlich ist die Aufnahme von Flüchtlingen eine rechtliche und humanitäre Verpflichtung. Vor allem wegen des Ukrainekrieges sind die Kapazitäten für Schutzsuchende aber praktisch erschöpft. Das Land Bremen soll sich deshalb bei der Bundesregierung dafür einsetzen, dass nur noch Asylbewerber mit Bleibeperspektive auf die Kommunen verteilt werden. Außerdem sind ausreisepflichtige Ausländer konsequent abzuschicken, um Unterbringungsmöglichkeiten für wirklich gefährdete Menschen zu schaffen.

38. Bremer Polizeikräfte sollen im Streifendienst mit Elektroschockpistolen („Tasern“) ausgerüstet werden.

Zustimmung

Der Taser ermöglicht es Polizeibeamten, Angreifer aus sicherer Entfernung zu neutralisieren, ohne das Risiko tödlicher Verletzungen wie beim Schusswaffengebrauch eingehen zu müssen. Bei aggressiv auftretenden Personen können Elektroschockpistolen dazu beitragen, eine kritische Situation rasch zu entschärfen, ohne dass Beteiligte verletzt werden. Taser dienen damit auch dem Schutz von Polizisten vor allem im Einsatzstreifendienst, die wir standardmäßig mit diesen Distanzwaffen ausstatten wollen.

39. Im Land Bremen sollen alle Asylbewerberinnen und -bewerber in Sammelunterkünften untergebracht werden.

Zustimmung

Die Unterbringung von Asylantragsstellern in Sammelunterkünften trägt zur Beschleunigung des Asylverfahrens bei und erschwert Migranten das Abtauchen in die Illegalität, um sich der Abschiebung zu entziehen. Die Alternative, Asylsuchende in Wohnungen einzuquartieren, würde die Wohnungsnot in Bremen verschärfen und die Mieten im unteren Preissegment in die Höhe treiben, was besonders sozial schwache Menschen trübe und die gesellschaftliche Akzeptanz für die Aufnahme von Flüchtlingen verringerte.

40. In der öffentlichen Verwaltung des Landes sollen sprachliche Formen genutzt werden, die neben männlichen und weiblichen auch weitere Geschlechter abbilden.

Ablehnung

Die Verwendung einer geschlechtergerechten Sprache durch die öffentliche Verwaltung würde die Verständlichkeit und Lesbarkeit der Amtssprache als Ausfluss des Rechtsstaatsgebotes für den Durchschnittsbürger beeinträchtigen. Außerdem müssten Millionen an Steuergeldern zur notwendigen Umstellung etwa der IT-Systeme aufgewendet werden. Im Übrigen wird die Gendersprache nicht nur von führenden Linguisten und Philologen, sondern auch von einer deutlichen Mehrheit der Bürger in Deutschland abgelehnt.

41. Die Fünfprozenthürde bei den Wahlen zur Bremischen Bürgerschaft soll beibehalten werden.

Neutral

Die völlige Abschaffung der Sperrklausel bei Wahlen zur Bürgerschaft lehnen wir ab, weil es dadurch zu einer Zersplitterung des Landtages käme, was die Effizienz der Parlamentsarbeit verringern und stabile Regierungsmehrheiten erschweren würde. Wir befürworten aber eine Senkung der Eintrittshürde auf drei Prozent, damit sich der Wählerwillen deutlicher in der Zusammensetzung der Bürgerschaft widerspiegelt, ohne dass die Funktionsfähigkeit der parlamentarischen Demokratie in Frage gestellt wird.

42. In Bremen soll das Fahren ohne gültigen Fahrausweis im Öffentlichen Personennahverkehr strafrechtlich verfolgt werden.

Zustimmung

Die Nutzung des ÖPNV ohne gültigen Fahrausweis schädigt die ganze Gesellschaft, weil die so entstehenden Verluste der Verkehrsbetriebe vom Steuerzahler oder durch Fahrpreiserhöhungen kompensiert werden müssen. Der Verzicht auf strafrechtliche Sanktionen wäre ein falsches Signal und würde letztlich kaum zu einer Entlastung der Justiz beitragen. Wir befürworten aber Alternativen zum Freiheitsentzug bei Beförderungerschleichung wie die Pflicht zu gemeinnütziger Arbeit (Schwitzen statt Sitzen“).

43. Alle Polizistinnen und Polizisten sollen bei Großeinsätzen weiterhin eine individuelle Kennzeichnung tragen müssen.

Ablehnung

Eine individuelle Kennzeichnungspflicht von Polizeibeamten auch in anonymisierter Form greift übermäßig in die Persönlichkeits- und Datenschutzrechte der Betroffenen ein. Die Kennzeichnung erleichtert es Straftätern und Extremisten, einzelne Polizisten zu identifizieren und auch in ihrem privaten Umfeld zu gefährden, zumal das Melderecht keine berufsbezogenen Auskunftssperren kennt. In der Vergangenheit konnten Polizeibeamte bei Fehlverhalten auch ohne Kennzeichnung ausfindig gemacht werden.

44. Im Land Bremen soll die Polizei bei jeder Personenkontrolle eine Bescheinigung über den Grund ausstellen.

Ablehnung

Die Bescheinigung über eine Personenkontrolle, die von der Bremer Polizei an besonderen Kontrollorten auf Anforderung des Betroffenen auszustellen ist, führt zu einer Mehrbelastung der Beamten und verursacht Kosten für den Steuerzahler etwa durch die Digitalisierung des Vorgangs. Die Kontrollquittungen sollen die Polizei erklärtermaßen von Personenüberprüfungen abhalten, was politisches Misstrauen zum Ausdruck bringt und die Sicherheit gefährdet, weil weniger Tatverdächtige aufgegriffen werden.

45. Das Land Bremen soll ausreisepflichtige Ausländerinnen und Ausländer konsequent abschieben.

Zustimmung

Die auch erzwungene Rückkehr ausreisepflichtiger Ausländer in ihre Herkunftsländer ist zentrales Element der Migrationssteuerung. Eine konsequente Abschiebepolitik reduziert illegale Zuwanderung und erhöht die Bereitschaft dieser Personen, Deutschland freiwillig zu verlassen. Bremen hat gemessen an der Bevölkerungszahl bundesweit die niedrigste Abschiebequote. Die Abschiebeunwilligkeit des Senats verursacht Kosten, gefährdet die Sicherheit und blockiert Kapazitäten für schutzbedürftige Menschen.

46. Bei den Wahlen zur Bremischen Bürgerschaft sollen auch Jugendliche ab 14 Jahren wählen dürfen.

Ablehnung

Ein Wahlrecht für Minderjährige bei Bürgerschaftswahlen lehnen wir ab, weil es Jugendlichen regelmäßig an Wissen und Lebenserfahrung fehlt, um komplexe politische Sachverhalte, die Gegenstand eines Landesparlamentes sind, beurteilen zu können. Der Gesetzgeber bindet zahlreiche Rechte und Pflichten an ein bestimmtes Alter, um der sittlichen und persönlichen Reife Rechnung zu tragen, etwa im Strafrecht. Es ist nicht nachvollziehbar, warum für die Teilnahme an Wahlen andere Maßstäbe gelten sollen.

47. Alle Informationen von Behörden des Landes sollen in einfacher Sprache verfügbar sein.

Zustimmung

Aus dem Demokratie- und Rechtsstaatsprinzip leitet sich ein Verständlichkeitsgebot insbesondere für Gesetze und Rechtsvorschriften, aber auch für die Kommunikation von Behörden mit den Bürgern ab. Amtliche Informationen müssen deshalb in einer Sprache verfasst sein, die sie für alle Menschen verstehbar macht, auch für solche mit psychischen Beeinträchtigungen sowie Zuwanderer, die nur geringe Deutschkenntnisse haben. Die Behörden im Land Bremen sollen daher verstärkt die Leichte Sprache nutzen.

48. Der Internationale Frauentag am 8. März soll gesetzlicher Feiertag im Land Bremen werden.

Ablehnung

Im Land Bremen gibt es bereits jetzt 10 gesetzliche Feiertage im Jahr. Ein weiterer arbeitsfreier Tag würde die Bremische Wirtschaft gerade vor dem Hintergrund des wachsenden Mangels an qualifiziertem Personal zusätzlich belasten. Der demographische Wandel, der für die nächsten Jahrzehnte einen deutlichen Rückgang der Erwerbsbevölkerung auch in Bremen erwarten lässt, gebietet im Gegenteil die Ausweitung auch der Jahresarbeitszeit. Ein zusätzlicher Feiertag wäre deshalb ökonomisch kontraproduktiv.

49. Das Land Bremen soll Projekte gegen Rechtsextremismus weiterhin fördern.

Zustimmung

Der Kampf gegen den Rechtsextremismus ist eine wichtige gesellschaftspolitische Aufgabe. Daneben muss das Land Bremen aber auch Projekte fördern, die andere Formen des Extremismus in den Fokus nehmen. Wir befürworten einen breiten antitotalitären Konsens, der sich gegen alle Verfassungsfeinde richtet, egal ob sie politisch oder religiös motiviert sind. Private Initiativen dürfen öffentliche Gelder nur erhalten, wenn sie sich ausdrücklich zur freiheitlich-demokratischen Grundordnung bekennen.

50. Das aufgesetzte Parken auf Gehwegen soll in mehr Straßen des Landes Bremen erlaubt werden.

Zustimmung

Das aufgesetzte Parken auf Gehwegen ist laut StVO grundsätzlich verboten, was aber größtenteils ignoriert wird. Würde das Ordnungsamt das Verbot durchsetzen, fielen in Bremen 20.000-50.000 Parkplätze weg, was die Attraktivität der Stadt auch für auswärtige Autofahrer wie Pendler erheblich schmälerte. Das Parken auf Gehwegen soll deshalb überall dort offiziell gestattet werden, wo andere Verkehrsteilnehmer wie Fußgänger nicht gefährdet werden und keine sonstigen Sicherheitsbedenken bestehen.

51. Die Straßenbahn soll aus der Obernstraße in die Martinstraße verlegt werden.

Ablehnung

Die Verlegung der Straßenbahn aus der Obernstraße, die nach den Vorstellungen der SPD zu einer bloßen Fußgängerzone umgestaltet werden soll, wäre vor allem für den in Bremens wichtigster Einkaufsstraße ansässigen Einzelhandel nachteilig. Bei der Streckenführung der Tram durch die schmale Martinstraße würde der Autoverkehr auf andere Straßen verdrängt werden. Zudem kostete die Straßenbahnverlegung einen dreistelligen Millionenbetrag, den das hochverschuldete Bremen wohl selbst aufbringen müsste.

52. Der Öffentliche Personennahverkehr in Bremen und Bremerhaven soll entgeltfrei sein.

Ablehnung

Ein kostenloser ÖPNV würde erhebliche Kosten verursachen, da mit einem deutlichen Anstieg des Fahrgastaufkommens zu rechnen wäre, was milliardenschwere Investitionen in Fahrzeuge und Verkehrsinfrastruktur erforderte. Die Einsparungen durch den Wegfall von Ticketautomaten und Fahrgastkontrollen könnten den finanziellen Mehraufwand nur zu einem kleinen Teil kompensieren. Außerdem würden zahlreiche neue Bus- und Straßenbahnfahrer benötigt, die auf dem Arbeitsmarkt aber nicht zur Verfügung stehen.

53. Die Innenstädte von Bremen und Bremerhaven sollen autofrei sein.

Ablehnung

Das Konzept der autofreien Innenstädte grenzt ältere und kranke Menschen sowie Familien mit Kindern aus, die auf ihren Pkw angewiesen sind, um Einkäufe zu erledigen. Fallen diese Kunden (teilweise) weg, führt das zu Umsatzeinbußen beim lokalen Einzelhandel und damit auch zu weniger Steuereinnahmen. Motorisierte Anwohner müssen längere Fuß- und Autofahrer Umwege in Kauf nehmen. Durch den Umstieg auf Elektromobilität entfallen Lärm- und Emissionsbelastung als Argumente für autofreie Innenstädte.

54. Die Außenweser soll für große Schiffe weiter vertieft werden.

Zustimmung

Durch eine weitere Vertiefung der Weser könnten Schiffe mit mehr Tiefgang und schwereren Containern die Häfen von Bremerhaven und Brake tideunabhängig anlaufen. Die geplante Baumaßnahme trägt der Tatsache Rechnung, dass Containerschiffe in den letzten 20 Jahren größer und breiter geworden sind. Ein höheres Transportvolumen steigerte den Warenumsatz in Bremerhaven, was die Rolle der Bremischen Wirtschaft im Welthandel stärken, neue Arbeitsplätze schaffen und die Steuereinnahmen erhöhen würde.

55. Auch Seeschiffe in Häfen des Landes Bremen sollen verpflichtet werden, Strom vom Festland („Landstrom“) zu nutzen.

Ablehnung

Eine Pflicht auch für Hochseeschiffe, Landstrom abzunehmen, würde die Kosten für die Reedereien erhöhen, da die bordeigene Herstellung der benötigten Energie mit steuerlich begünstigtem Schiffsdiesel deutlich preiswerter ist als an Land erzeugter Strom. Das hätte zur Folge, dass vor allem Kreuzfahrtschiffe aus Ersparnisgründen Bremerhaven mieden und andere Häfen anliefen, was zu Einnahmeausfällen im wichtigen Tourismussektor führte. Ökologisch sinnvoll ist nur regenerativ erzeugter Landstrom.

56. Die Platanen am Neustädter Deich sollen keinesfalls gefällt werden.

Zustimmung

Die insgesamt 136 Platanen am Neustädter Deich sind ein wertvoller Baumbestand, der zur Attraktivität des Bremer Stadtbilds beiträgt und klimaschädliches CO₂ bindet. Der Schutz Bremens vor Hochwasserschäden, der vom Senat als Begründung für die geplante Baumfällungen ins Feld geführt wird, kann auch durch alternative Maßnahmen wie den Bau einer landseitigen Spundwand verbessert werden. Wir befürworten ein Volksbegehren, um die Bevölkerung über den Fortbestand der Platanen entscheiden zu lassen.

57. Müllabfuhr und Straßenreinigung in Bremen sollen vollständig in öffentlicher Hand sein.

Ablehnung

Die Entscheidung, ob Leistungen der öffentlichen Daseinsvorsorge kommunal oder privat erbracht werden sollen, ist davon abhängig zu machen, ob privatrechtliche Firmen diese Leistungen unter Einhaltung vorgegebener Standards preiswerter und damit für die Bürger kostengünstiger anbieten können als der Staat. Die mögliche Privatisierung von Müllabfuhr und Straßenreinigung darf deshalb nicht per se ausgeschlossen werden, sondern ist in regelmäßigen Abständen im Rahmen von Vergabeverfahren zu prüfen.

58. Es sollen mehr Straßenflächen in Fahrradwege umgewandelt werden.

Neutral

Die verstärkte Nutzung des Fahrrads als Fortbewegungsmittel ist gerade in Städten aus ökologischen und klimapolitischen Gründen zu begrüßen. Auch in den Bremer Kommunen muss die Radverkehrsinfrastruktur verbessert und ausgebaut werden. Die Stärkung des Fahrradverkehrs darf aber nicht dazu missbraucht werden, um motorisierte Verkehrsteilnehmer durch übertriebene Beschränkungen zu drangsaliieren und sie aus der Stadt zu verdrängen. Der Pkw wird auch künftig für viele Menschen unverzichtbar bleiben.

59. In Bremen und Bremerhaven soll die Hundesteuer abgeschafft werden.

Zustimmung

Die Hundesteuer ist eine Bagatellsteuer, die nur einen geringen Beitrag zu den Einnahmen der Bremischen Kommunen leistet und zudem hohe administrative Kosten verursacht, was den Ertrag schmälert. Sie ist ungerecht, weil nur eine bestimmte Tierart besteuert wird. In einer Phase stark steigender Lebenshaltungskosten könnte die Abschaffung der Steuer einkommensschwache Hundehalter davon abhalten, ihren Vierbeiner ins Tierheim bringen zu müssen, weil sie sich den Unterhalt nicht mehr leisten können.

60. Auf mehr Straßen in Bremen und Bremerhaven soll Tempo 30 gelten.

Ablehnung

Tempo-30-Zonen soll es in Bremen und Bremerhaven auf Nebenstraßen mit Wohnbebauung geben, sofern deren Einrichtung erforderlich ist, um die Lebensqualität der Anwohner spürbar zu steigern. Außerdem müssen Geschwindigkeitsbeschränkungen im Bereich sensibler Einrichtungen wie Schulen und Kindergärten gelten. Eine darüber hinausgehende Ausweitung von Tempo-30-Zonen auf Haupt- und Durchgangsstraßen lehnen wir wegen des geringen Nutzens der Maßnahme und dem damit verbunden hohen Kontrollaufwand ab.

61. Tierversuche an Affen sollen an der Universität Bremen weiterhin erlaubt sein.

Ablehnung

Die seit 1998 an der Uni Bremen durchgeführten Tierversuche mit Rhesusaffen in der Hirnforschung, die bislang keine wegweisenden Resultate hervorgebracht haben, sind sofort zu beenden. Die Tiere müssen durch den chirurgischen Eingriff nicht nur Schmerzen erleiden, sondern werden durch Flüssigkeitsentzug gezwungen, an den stundenlangen Experimenten teilzunehmen. Diese Tortur kann nicht mit der Wissenschaftsfreiheit gerechtfertigt werden. Wir setzen uns für eine tierversuchsfreie Forschung ein.

62. Das Land Bremen soll die Einrichtungen von Solaranlagen auf Dächern finanziell fördern.

Zustimmung

Solarmodule, die auf Hausdächern und Balkonen installiert sind, um das Sonnenlicht in elektrische Energie umzuwandeln, können einen wichtigen Beitrag leisten, um klimaschädliche CO₂-Emissionen bei der Stromerzeugung zu senken. Außerdem wird das Ziel gefördert, unabhängiger von ausländischen Energieimporten zu werden. Finanzielle Hilfen für den privaten Kauf von Photovoltaik-Anlagen durch das Land Bremen sind daher zu befürworten. Eine Solardachpflicht lehnen wir dagegen ab, auch für Neubauten.

63. Privates Silvesterfeuerwerk soll erlaubt bleiben.

Zustimmung

Den Jahreswechsel mit einem farbenprächtigen Feuerwerk und lauten Böllern zu begehen ist für die meisten Menschen in Deutschland eine liebgewonnene Tradition. Ein gesetzliches Verbot würde auf breites Unverständnis in der Bevölkerung stoßen und wäre polizeilich kaum durchsetzbar. Über die im Sprengstoffgesetz genannten Einschränkungen hinaus befürworten wir aber Böllerverbotzonen an bestimmten Gefahrenorten, damit die öffentliche Sicherheit und Ordnung auch am Silvesterabend gewährleistet ist.

64. Das Land Bremen soll Projekte, die Wohnungslosen ohne Vorbedingungen Wohnraum zur Verfügung stellen, stärker fördern.

Ablehnung

Private Initiativen, Obdachlose in eigene Wohnungen mit regulärem Mietvertrag zu vermitteln, werden von uns grundsätzlich begrüßt. Allerdings darf diese Vermittlung nicht bedingungslos erfolgen. Das gilt besonders für Menschen mit Suchtproblemen und psychisch kranke, verhaltensauffällige Personen, die sich zunächst erfolgreich einer Therapie unterziehen müssen, um Konflikte im neuen Wohnumfeld zu vermeiden. Die Entstehung weiterer sozialer Brennpunkte durch solche Projekte ist auszuschließen.

65. Das Land Bremen soll sich für die Einführung eines bedingungslosen Grundeinkommens einsetzen.

Ablehnung

Ein bedingungsloses Grundeinkommen (BGE) unabhängig von Arbeitsfähigkeit und -bereitschaft würde die Leistungsmotivation des Einzelnen untergraben und den Mangel an Fachkräften in Deutschland verschärfen. Die Kosten eines BGE, die deutlich über den Ausgaben für die heute gewährten Sozialleistungen lägen, wären nicht zu finanzieren. Außerdem würde ein BGE den Migrationsdruck aus ärmeren Staaten erheblich verstärken, was den sozialen Frieden und die innere Sicherheit in unserem Land gefährdete.

66. Das Land soll weiterhin Projekte gegen Antisemitismus fördern.

Zustimmung

Der Kampf gegen den Antisemitismus in Deutschland ist eine wichtige gesellschaftspolitische Aufgabe, zumal die Zahl der antisemitischen Straftaten in den letzten Jahren gestiegen ist, was auch mit dem hohen Zuzug von Islamisten aus arabischen Ländern zu tun hat. Der Schutz jüdischer Einrichtungen im Land Bremen ist deshalb zu verbessern. Es muss ein gesellschaftliches Klima geschaffen werden, in dem sich jüdische Menschen öffentlich und ohne Angst vor Repression zu ihrem Glauben bekennen können.

67. Die Mietpreisbremse in Bremen soll abgeschafft werden.

Neutral

Die nur in der Stadt Bremen geltende Mietpreisbremse trägt dazu bei, den Anstieg der Mieten zu begrenzen. Mittelfristig wird dadurch aber die Bereitschaft privater Investoren verringert, in den privaten Wohnungsbau zu investieren. Die Bremer Politik muss vorrangig die Schaffung von neuem Wohnraum fördern, v.a. durch den Ausweis von Bauland speziell in der Nachverdichtung, die Beschleunigung der Genehmigungsverfahren, die Bereitstellung zinsverbilligter Darlehen und den Abbau von Bauvorschriften.

68. Beim Neubau von Wohnungen soll ein höherer Anteil als bisher für sozialen Wohnungsbau vorgesehen sein.

Ablehnung

Mit bis zu 30 Prozent ist die Sozialwohnungsquote in Bremen bereits jetzt sehr hoch. Eine weitere Steigerung dieses Anteils durch den Gesetzgeber könnte in prekären Stadtvierteln bei gleichzeitiger Wohnverdichtung zur Angebotsausweitung die Entstehung sozialer Brennpunkte begünstigen. Außerdem gerieten Wohnungssuchende mit mittlerem Einkommen, die keinen Anspruch auf geförderten Wohnraum haben und sich die gestiegenen Mieten auf dem freien Markt nicht leisten können, weiter ins Hintertreffen.

69. Allen Zugewanderten sollen gebührenfreie Deutschkurse angeboten werden.

Ablehnung

In den Genuss von Integrationsmaßnahmen, zu denen auch Deutschkurse rechnen, sollen ausschließlich Migranten kommen, die (voraussichtlich) eine dauerhafte Bleibeperspektive in Deutschland haben. Gebührenfrei dürfen diese Kurse nur für Teilnehmer sein, die nicht über die finanziellen Mittel verfügen, um den Unterricht selbst zu bezahlen. Integration und vor allem das Erlernen der deutschen Sprache sind eine Bringschuld des Zuwanderers, die er grundsätzlich eigenverantwortlich zu erfüllen hat.

70. In Bremen und Bremerhaven sollen mehr Krankenhäuser in öffentlicher Trägerschaft sein

Neutral

Die anhaltenden Probleme der kommunalen Bremer Krankenhausgesellschaft Gesundheit Nord (Geno), die für das laufende Jahr ein nochmaliges Defizit in Rekordhöhe von 100 Millionen Euro erwartet, zeigen, dass der Staat nicht der bessere Unternehmer ist. Ob ein Krankenhaus in öffentlicher oder privater Trägerschaft sein soll, ist allein davon abhängig zu machen, welcher Betreiber die vorgegebenen medizinischen Qualitätsstandards und die Versorgungssicherheit zum günstigsten Preis gewährleisten kann.

71. In Bremen sollen weitere Drogenkonsumräume für suchtkranke Menschen eingerichtet werden.

Ablehnung

Drogenkonsumräume erleichtern suchtkranken Menschen den Konsum illegaler, gesundheitsschädlicher Rauschgifte, was deren Motivation zu Entzug und abstinenzorientierter Therapie als Ziel einer verantwortungsvollen Drogenpolitik verringert. Gesellschaftlich wird das falsche Signal gesendet, der Staat würde Rauschgifte nicht ächten, sondern ihren Gebrauch unterstützen, was die Präventionsarbeit gerade bei Jugendlichen konterkariert. Konsumräume locken Dealer an, weil sich dort ihre Kunden aufhalten.

72. In weiteren Stadtteilen sollen Hebammenzentren eingerichtet werden.

Zustimmung

Im Land Bremen herrscht nach Angaben des Hebammenlandesverbandes ein erheblicher Mangel an Geburtshelferinnen. Mehrere Hundert schwangere Frauen sollen aktuell auf der Suche nach einer Hebamme sein. Hebammenzentren in Stadtteilen mit großer Unterversorgung können dazu beitragen, den Mangel zu lindern. Nachhaltig ist das Problem aber nur durch eine bessere finanzielle Ausstattung der Geburtshilfe in Krankenhäusern sowie eine attraktivere Gestaltung der Arbeitsbedingungen für Hebammen zu lösen.

73. Das Land soll ein Zentrum zur Aufarbeitung der kolonialen Vergangenheit Bremens und Bremerhavens einrichten.

Ablehnung

Der Kolonialismus ist Teil der Geschichte Bremens und sollte in den Lehrplänen an allgemeinbildenden Schulen angemessen berücksichtigt werden. Die Schaffung eines Zentrums für die Aufarbeitung der kolonialen Vergangenheit des Landes lehnen wir dagegen als überzogen ab. Im Übrigen wenden wir uns gegen Versuche interessierter politischer Kreise, die historischen Verdienste der Bremischen Kaufleute für den Aufstieg der Hansestadt mit dem Kolonialismusverdikt zu belegen und damit zu diskreditieren.

74. Das Campieren von Obdachlosen an zentralen öffentlichen Orten soll unterbunden werden.

Zustimmung

Das wilde Campieren von Obdachlosen in der Bremer Innenstadt, häufig einhergehend mit aggressivem Betteln, Drogenkonsum und einer Vermüllung des öffentlichen Raums, muss beendet werden. Stattdessen wollen wir mehr betreute, akzeptierte Aufenthaltsorte für Wohnungslose mit medizinischen und sozialen Versorgungsangeboten. Obdachlose aus anderen EU-Staaten, die einen nicht unerheblichen Teil der Bremer Szene ausmachen, müssen - soweit rechtlich möglich - in ihre Heimatländer zurückgeführt werden.

75. Empfängerinnen und Empfängern von Bürgergeld sollen vom ersten Tag an Leistungen gekürzt werden können, wenn sie Jobangebote ablehnen.

Zustimmung

Es ist aus Sicht der Steuerzahler nicht hinnehmbar, wenn Bürgergeldbezieher Stellenangebote ohne triftigen Grund ablehnen oder die Teilnahme an einer Ausbildungsmaßnahme verweigern. Ein Verzicht auf Sanktionen in solchen Fällen würde den Missbrauch dieser Transferleistung fördern, Arbeitslosigkeit verfestigen und zu steigenden Kosten für die Solidargemeinschaft führen. Außerdem gebietet der wachsende Arbeitskräftemangel in vielen Branchen, Erwerbslose zeitnah auf offene Stellen zu vermitteln.

76. Beschäftigte im öffentlichen Dienst sollen ein Kopftuch tragen dürfen.

Ablehnung

Wir lehnen das Tragen religiöser Symbole durch Beschäftigte im öffentlichen Dienst wegen der Pflicht des Staates zur religiös-weltanschaulichen Neutralität grundsätzlich ab. Das gilt vor allem für das islamische Kopftuch, das Ausdruck einer dogmatischen, verfassungsfremden Auslegung des Koran ist. Laut Rechtsprechung ist ein Kopftuchverbot für Lehrerinnen nur bei Störung des Schulfriedens zulässig. Zum Schutz muslimischer Schülerinnen vor Indoktrination ist hier ein strenger Maßstab anzulegen.

77. Islamische Geistliche (Imame) sollen an den Hochschulen des Landes ausgebildet werden.

Zustimmung

Nach dem Vorbild Niedersachsens wollen wir universitäre Weiterbildungskurse für Imame, die aus dem Ausland nach Deutschland entsandt werden, um ihrer seelsorgerischen Tätigkeit in hiesigen islamischen Gemeinden nachzugehen. Die Geistlichen sollen neben dem Erwerb von Sprachkenntnissen theologisch und praktisch auf ihre Aufgaben vorbereitet sowie mit der deutschen Lebens- und Verfassungswirklichkeit vertraut gemacht werden. Ziel muss es sein, den Gedanken eines aufgeklärten Euro-Islam zu fördern.

78. Im Land Bremen sollen mehr Alten- und Pflegeheime in öffentlicher Trägerschaft sein.

Ablehnung

Ob ein Alten- oder Pflegeheim in öffentlicher oder privater Trägerschaft ist, darf im Interesse der Beitrags- und Steuerzahler allein davon abhängig gemacht werden, zu welchen Kosten der Betreiber eine den gesetzlichen Vorgaben entsprechende Versorgungsqualität der Bewohner gewährleistet. Die Einhaltung dieser Standards ist vom Medizinischen Dienst engmaschig zu überprüfen. Bei schwerwiegenden oder wiederholten Mängeln muss der Einrichtung in letzter Konsequenz die Zulassung entzogen werden.

79. Das Land soll Erinnerungsorte, die an die Verbrechen des Nationalsozialismus erinnern, stärker finanziell fördern.

Neutral

Orte und Gedenkstätten im Land Bremen, die an die Verbrechen des Nationalsozialismus erinnern, sind aus Respekt vor den Opfern der braunen Schreckensherrschaft im ausreichenden Umfang vom Land Bremen zu fördern. Im Interesse der Steuerzahler müssen Mehrbedarfe für diesen Zweck über das im Haushalt vorgesehene Budget hinaus konkret nachgewiesen und begründet werden. Die Instrumentalisierung der notwendigen Erinnerungskultur für sachfremde politische Zielsetzungen in der Gegenwart lehnen wir ab.

80. Kultur und Sprache der Sinti und Roma sollen durch das Land stärker finanziell gefördert werden.

Ablehnung

Kultur und Sprache von Sinti und Roma in Bremen werden durch das Land bereits heute finanziell gefördert. Es ist nicht ersichtlich, dass diese Förderung unzureichend wären, um die angestrebten Ziele zu erreichen. Wir halten es aber für notwendig, dass seitens der Landesregierung mehr Mittel zur Verfügung gestellt werden, um ausländische Angehörige dieser ethnischen Minderheit, die insbesondere aus Osteuropa zugezogen sind, sprachlich und kulturell besser in unsere Gesellschaft zu integrieren.

+++